

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000130/2016  
an die Kommission**

Artikel 128 der Geschäftsordnung

**Catherine Bearder, Sophia in 't Veld, Petras Auštrevičius, Beatriz Becerra Basterrechea, Anneli Jäätteenmäki, Filiz Hyusmenova**

im Namen der ALDE-Fraktion

**Birgit Sippel, Tanja Fajon, Josef Weidenholzer, Claude Moraes, Sylvie Guillaume, Juan Fernando López Aguilar, Péter Niedermüller, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Soraya Post, Cécile Kashetu Kyenge, Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy, Miltiadis Kyrkos, Emilian Pavel**

im Namen der S&D-Fraktion

**Cornelia Ernst, Barbara Spinelli, Marina Albiol Guzmán, Kostas Chrysogonos, Kateřina Konečná, Ángela Vallina, Sofia Sakorafa, Merja Kyllönen, Marie-Christine Vergiat, Stelios Kouloglou, Dimitrios Papadimoulis**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Betrifft:** Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und anderen Formen der Intoleranz

1998 wurde die Charta der europäischen Parteien für eine nicht-rassistische Gesellschaft angenommen. 2008 wurde der Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit angenommen. Die Umsetzung wurde 2014 einer Bewertung unterzogen. Im Juni 2016 kündigte das Mitglied der Kommission Věra Jourová die Einsetzung einer hochrangigen Gruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz und die Einführung eines Verhaltenskodex an, der von großen IT-Unternehmen unterzeichnet werden sollte. Trotz alledem sind Rassismus und Fremdenfeindlichkeit jedoch gang und gäbe und ziehen oftmals auch Homophobie sowie andere Formen von Hass und Intoleranz nach sich. Mehr und mehr werden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auch von politischen Parteien, darunter Regierungsparteien, geschürt, die in ihren Kampagnen Hetze gegen Zuwanderer, darunter auch EU-Bürger aus anderen Mitgliedstaaten, betreiben. Die starke Zunahme von Hassreden und Hassverbrechen nach dem Brexit-Referendum – bis hin zur Ermordung eines polnischen Einwohners des Vereinigten Königreichs – ist ein besonders besorgniserregendes Beispiel dieser Tendenz. Genau jene Parteien also, die Hass, Intoleranz und Gewalt bekämpfen sollten, heizen ebendiese Tendenzen an.

1. Welche Maßnahmen wird die Kommission ergreifen, um Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und andere Formen der Intoleranz in politischen Kampagnen zu bekämpfen?
2. Über welche Instrumente verfügt die Kommission, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in jenen Ländern zu bekämpfen, die den Rahmenbeschluss auf dem Papier umgesetzt haben, diesen aber in der Praxis nicht anwenden und somit keinen Schutz gegen rassistische und fremdenfeindliche Hassreden und Hassverbrechen bieten?
3. Zieht die Kommission in Betracht, gegen Mitgliedstaaten, die den Rahmenbeschluss nicht anwenden, oder gar gegen Regierungsparteien, die Hetze betreiben, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten?
4. Wird die Kommission im Zuge ihrer nächsten Überprüfung des Rahmenbeschlusses neben dessen Anwendung auch dessen Wirksamkeit bewerten?
5. Wird die Kommission Vorschläge für die Aktualisierung und Stärkung des Rahmenbeschlusses, unter anderem durch Erweiterung desselben um das Thema Homophobie, formulieren?

Eingang: 26.10.2016

Weiterleitung: 28.10.2016

Fristablauf: 4.11.2016